Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 3

Artikel: Und nochmals die Landwirtschaft
Autor: Nobs, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329650

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

3. HEFT NOVEMBER 1927 VII. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Und nochmals die Landwirtschaft.

Von Ernst Nobs.

Das Doppelheft der „Roten Revue" vom Februar-März 1927, das beinahe eine landwirtschaftliche Sondernummer geworden wäre, hat im Inland und Ausland über unsere Parteikreise hinaus Beachtung gefunden. Das zeigten Zuschriften aus wissenschaftlichen Kreisen und Sammelstellen, welche sich besonders mit der Agrarfrage oder der Stellungnahme unserer Partei zu den Problemen der Landwirtschaft befassen. Ein Gleiches bekundeten auch jene zahlreichen Artikel der inländischen Presse, welche auf die erwähnte Landwirtschaftsnummer der „Roten Revue" Bezug genommen haben. Hier seien ihrer Besonderheit halber nur die Besprechungen erwähnt, welche die schweizerischen Bauernblätter veröffentlicht haben. An diesen Besprechungen mußte eines auffallen: Das Mißvergnügen darüber, daß wir Sozialdemokraten anfangen, uns einläßlich mit der Agrarfrage zu befassen und im Begriffe sind, ein positives Agrarprogramm aufzustellen, war allgemein und ist es noch.

Das mußte nicht wenig überraschen. Man lese nach, in welcher Weise die ländliche und bäuerliche Presse unsere Partei gemeinhin behandelt hat — wie wir Sozialisten als Todfeinde des Bauerntums hingestellt worden sind —, wie nur eine Parole uns gegenüber zur Anwendung gekommen ist: Ecrasez l'infâme! Und nun kommen diese vermaledeiten Sozialisten und bringen Vorschläge zu einem agrarpolitischen Sachprogramm, — zeigen nicht nur, daß die Behebung der heutigen Bauernnöte in der Richtung einer sozialistischen Agrarpolitik möglich ist, sondern behaupten sogar, daß das Agrarproblem anders gar nicht zugunsten der werktätigen Bauernbevölkerung gelöst werden kann. Unbestreitbar haben sozialistische Artikel zu den ersten Pressestimmen gehört, welche die Notlage des Bergbauernproletariats unumwunden zugegeben und dargestellt und gleichzeitig Vorschläge gemacht und Studium und Versuche angeregt haben — Jahre bevor es eine Motion Baumberger gegeben hat —, um den ländlichen Hypothekarsklaven aus seiner Schuldknechtschaft zu befreien. Insofern als

die Bestrebungen der schweizerischen Landwirtschaft selber darauf hinauslaufen, die landwirtschaftliche Bildung zu verbessern, die Schulen und Versuchsanstalten wirksamer zu gestalten, die Produktion zu rationalisieren (die da und dort heute noch nahe an der mittelalterlichen Naturalwirtschaft steht und deshalb den Zusammenprall mit moderner Geldwirtschaft nicht auszuhalten vermag) und insbesondere eine Sozialpolitik zu inaugurieren, die heute, obgleich bloß von den Sozialdemokraten ernsthaft verlangt, ebensosehr dem Wohle der landwirtschaftlichen wie der industriellen Bevölkerung dienen würde.

In allen diesen Willenskundgebungen von sozialistischer Seite erblickte unsere Bauernpresse nichts anderes als die Absicht der Sozialdemokraten, einen ordinären Bauernfang einzuleiten. Beispielsweise sei hier erwähnt, daß im „Ostschweizerischen Landwirt" (Nr. 32 vom 13. August, Seite 790 bis 793) von einem unehrlichen „Liebeswerben der Sozialdemokratie", von „Spekulation auf die Dummheit der Bauern" und dergleichen mehr die Rede ist. Die bauernparteiliche Presse in den Kantonen Bern, Aargau und Zürich schrieb nicht anders.

Diese Schreibereien werden innerhalb der Sozialdemokratischen Partei niemanden enttäuschen. Wenn wir Sozialdemokraten uns heute einläßlicher auch mit den schweizerischen Agrarproblemen beschäftigen und noch weiter beschäftigen werden, so geschah und geschieht es nicht der Bauernpartei und ihren Führern zuliebe und nicht mit der Spekulation auf rot-grüne Koalitionen, sondern in der Gewißheit, daß die sozialistische Bewegung in ihren Zielen wie in ihrer Alltagsarbeit nicht bloß auf eine Aenderung unserer industriellen Verhältnisse hinarbeiten darf, sondern die gesamte Volkswirtschaft, alle werktätigen Klassen erreichen muß. Dieses Bestreben steht auf jeder Seite der großen Programmschriften der sozialistischen Bewegung ausgesprochen. Es steht damit durchaus nicht im Widerspruch, daß uns Schweizer Sozialisten bei dem heutigen unzulänglichen Stand unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen andere Aufgaben, besonders aber die gewerkschaftliche Erfassung unserer Industriearbeiter, noch als eine sehr viel dringlichere und sehr viel wichtigere Aufgabe erscheint als durchtriebener Bauernfang und spekulative Illusionen.

All die erwähnten Aeußerungen der politischen Bauernpresse haben aber noch ein anderes unzweideutig offenbart: Unsere Bauernpresse nimmt die agrarwirtschaftlichen und agrarpolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie mit so viel Unlust und Unbehagen und unverhehlter Abneigung auf, weil die politische Bauernpresse wohl Ursache zu haben meint, diese Tätigkeit der Sozialdemokratie eines Tages parteipolitisch sehr unliebsam zu spüren zu bekommen. Also im Ernste: Angst vor politischer Konkurrenzierung durch die Sozialdemokratie auf dem Lande! Es scheint mir, daß diese Befürchtungen auf bauernparteilicher

Seite sehr viel größer seien als die imaginärsten Erwartungen auf sozialistischer Seite.

Mit diesen Bemerkungen verlasse ich die parteipolitische Seite des großen Fragenkomplexes, genannt Agrarproblem, um mich einer wirtschaftlichen Hauptfrage zuzuwenden, welche in den meisten der vorerwähnten Polemiken aufgegriffen worden ist und die gleichzeitig eine Frage unserer heutigen Wirtschaftspolitik ist: der Reallohn des Industriearbeiters.

Der erwähnte Aufsatz von Nationalrat Meili im „Ostschweiz. Landwirt" läuft auf die Erklärung hinaus, daß heute nur zwei Mittel der Landwirtschaft ernstlich Erleichterung bringen könnten: Entweder allgemeine Verteuerung der Lebensmittel oder ebenso allgemeiner Lohnabbau aller in Gewerbe und Industrie tätigen Arbeiter. Wenn neben diesen beiden Zielpunkten alle auch von uns unterstützten Postulate landwirtschaftlicher Reform, der Nationalisierung, der Produktionssteigerung, der durchgehenden Organisation des Absatzes, der landwirtschaftlichen Entschuldung und der Sozialpolitik als nebensächlich und unwirksam bezeichnet werden, so zeigt das nur, welcher Verkennung der Abhilfemittel die Landwirtschaft selber sich schuldig macht.

Daneben macht man sich in landwirtschaftlichen Kreisen völlig irrige Vorstellungen über den Reallohn des Industriearbeiters. Dazu haben nicht wenig beigetragen jene Veröffentlichungen des Bauernsekretariates, welche dartun wollen, der Bauer verdiene weniger in der Arbeitsstunde als irgendein Fabrikarbeiter, aber dabei Lebensmittel und Mietpreise weit unter den Gestehungskosten des Fabrikarbeiters in die Rechnung einstellen und in die Lohnkalkulation Kinder- und Frauenarbeitsstunden einbeziehen, während dem Industriearbeiter Kinder- und Frauenverdienst sehr viel seltener zustatten kommen. (Siehe hierüber „Rote Revue", April 1926.)

Ueber die Lohnhöhe des Industriearbeiters seien hier einige Angaben aus Quellen zitiert, die auch von bäuerlicher Seite kaum der Unglaubwürdigkeit geziehen werden können. Eine der größten Maschinenfabriken unseres Landes, die Maschinenfabriken Escher Wyß & Cie. in Zürich, veröffentlichte im Jahre 1922 ihre Lohnlisten. (Siehe Stadtrat Krucks „Grundlagen zur Revision der Besoldungsverordnung für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung Zürich", November 1922.) Ich entnehme jener Aufstellung folgende Angaben:

	a) Gießerei.	Jahresverdienst Fr.			Jahresverdienst Fr.
8	Gießervorarbeiter	4176	40	Gußputzer	3192
8	Formervorarbeiter	3024	17	Kranier	3048
8	Gießer	3312	121	Handlanger	2928
27	Kernmacher	3552	2	Motorenwärter	3048
3	Kernmachergehilfen	2904	1	Schmied	3456
71	Sandformer	4200	1	Zuschläger	3048
8	Sandmischer	2880	2	Zimmerleute	3144

		Jahresverdienst Fr.
	b) Kesselschmiede.	
37	Kesselschmiede	4056
11	Bohrer	3600
21	Schlosser	3840
12	Zuschläger	3456
2	Magaziner	3264
12	Handlanger	2952
	c) Hammerschmiede.	
16	Zuschläger	3864
3	Handlanger	2520
	d) Kupferschmiede.	
19	Kupferschmiede	4224
12	Schweißer	4080
5	Spengler	3936
14	Spenglergehilfen	3312
	e) Malerei.	
20	Maler	3840
	f) Betriebsangestellte.	
3	Vorarbeiter	4176
8	Kontrolleure	3936
	g) Modellschreinerei.	
48	Modellschreiner	4176
2	Maschinisten	3816
4	Bauschreiner	3624
5	Zimmerleute	4008
16	Handlanger	2880

		Jahresverdienst Fr.
	h) Maschinenarbeiter.	
139	Dreher	3960
35	Bohrer	3864
31	Fräser	4056
22	Schleifer	3216
13	Schlosser	3408
14	Hilfsarbeiter	3000
2	Schreiber	2520
20	Handlanger	2808
	i) Schlosser und Monteure.	
133	Schlosser	3864
28	Kranier	3000
22	Handlanger	2072
	k) Allgemeiner Betrieb.	
3	Schlosser	3480
4	Elektriker	3888
3	Skizzierer	3240
2	Motorwärter	3240
1	Maschinenführer	2976
5	Maurer	3288
5	Bureaugehilfen und Ordner	2808
10	Magaziner	3000
3	Packer	2856
2	Nachtwächter	2928
1	Kontrollgehilfe	2280
45	Handlanger	2760

Dem wäre noch beizufügen, daß es sich hier zumeist um Monatseinkommen handelt, die im Akkordlohn, also gewiß unter Aufbietung der äußersten Kräfte der betreffenden Arbeiter, erreicht werden. Ein zweites: Die Löhne der Firma Escher Wyß & Cie. werden vom Maschinenindustriellenverband als über dem Durchschnitt der in der Stadt Zürich von der Maschinenindustrie bezahlten Löhne angegeben. Die stadtzürcherische Metallindustrie gibt den durchschnittlichen Monatslohn des Berufsarbeiters an auf 305 Fr., des Handlangers auf Fr. 241.20, des erwachsenen Arbeiters auf 279 Fr. Ein drittes: Gewisse andere Industrien, wie vorab die Textilindustrie, bezahlen Löhne, die notorisch noch bedeutend tiefer stehen als die der Metallindustrie. Ein viertes: Die obengenannten Löhne haben seither keine Erhöhung erfahren. Ein fünftes: Die obigen Lohnziffern werden nur erreicht, wenn der betreffende Arbeiter keinen Tagarbeitslosist und keine Stunde Arbeitszeitverkürzung erleidet durch sogenannte Kurzarbeit!

Noch schlimmer gestalten sich die Löhne in der Heimindustrie. Selbst in städtischen Verhältnissen werden hier Löhne bezahlt, die, gemessen an den Wohnungs- und Lebensmittelkosten in den Städten, als

wahre Hungerlöhne bezeichnet werden müssen. Ich nehme an, daß die Untersuchungen, welche hierüber vor kurzem in der „Zeitschrift für schweizerische Statistik" (von Dr. Margarithe Gagg) veröffentlicht worden sind, auch der Bauernpresse als zuverlässig genug gelten werden. Baselstadt verzeichnet mit Abzug aller Unkosten Heimarbeiterstundenlöhne in der Herrenkonfektion von 66 Rp., im Weißnähen von 42 Rp., im Handstricken 12 Rp. Für die st. gallische Stickerei werden Stundenlöhne angegeben von 41 Rp. in der Stadt und 39 Rp. auf dem Lande usw. usw.

Wenn heute aus der Landwirtschaft allen Ernstes ein Lohnabbau für Industriearbeiter verlangt wird, so mögen jene, die solche Begehren gedankenlos unterstützen, einmal sich über die Arbeiterlöhne zuverlässig orientieren und mit den Lebenskosten vergleichen. Sie werden dann auch nicht darum herumkommen, die in den obenerwähnten fünf Punkten gegebenen Hinweise zu würdigen. Die Landwirtschaft übersehe des weitern nicht, daß die Detailpreise der landwirtschaftlichen Produkte für den Konsumenten sich bei weitem nicht in dem Maße reduziert haben wie für den Produzenten. Wenn heute die Landwirtschaft allen Ernstes eine Kampagne gegen Arbeiterlöhne eröffnen will, obgleich diese Löhne kaum ein elendestes Existenzminimum garantieren, so kann man sich nur fragen, wer dann, wenn diese Löhne weiter sinken, der Landwirtschaft überhaupt ihre Produkte noch abkaufen soll. Schon heute kommen viele der erwähnten Einkommenskategorien in den Städten nicht sehr erheblich in Frage als Konsumenten des städtischen Gemüse- und Früchtenmarktes, weil diese so bekömmlichen und hochqualifizierten Lebensmittel zu teuer zu stehen kommen. Als Hauptnahrungsmittel kommen nur noch in Frage Brot, Teigwaren, Mais und Reis!

Wenn Herr Nationalrat Meili und seine Freunde uns (aus parteipolitischer Voreingenommenheit gegen die Sozialdemokratie?) nicht Glauben schenken wollen, so mögen sie doch dem Zeugnis einer so unzweifelhaft bürgerlichen Instanz wie dem Kantonalkomitee der zürcherischen kantonalen Stiftung „Für das Alter" glauben, welches gerade gegenüber der Verständnislosigkeit der Landschaft für städtische Existenzverhältnisse in seinem letzten Jahresbericht (1926, Seite 9) schreibt: „Und wie ganz anders spürt man einen jeden Esser in einem Haushaltungsbudget, wenn man nicht nur für jeden Liter Milch, sondern auch für jeden Salatkopf und jedes Schnittlauchbüscheli bares Geld in die Hand nehmen muß. Ob man das auf der Landschaft wohl immer genügend bedenkt?"

Es sollte es auch die Landwirtschaft begreifen, daß dieser Lebensstandard nicht weiter verschlechtert werden kann, ohne damit den so ungemein wichtigen Inlandkonsum von schweizerischen landwirtschaftlichen Produkten in verhängnisvoller Weise zu schädigen. Die gleiche Wirkung müßte auch eine Lohnreduktion in den nächstliegenden höhern Lohnkategorien zur Folge haben. Die Führer der schweizerischen Landwirtschaft sollten verstehen, daß der Industriearbeiter keine andere Wahl hat, als sich bis

aufs äußerste gegen den ihm zugemuteten neuen Lohnabbau zur Wehr zu setzen.

*

Wie sehr wir Schweizer Sozialdemokraten mit unserer grundsätzlichen Einstellung zu den wichtigsten Fragen der ländlichen Volkswirtschaft im Rechte sind, zeigen bemerkenswerte Kundgebungen aus ausländischen Landwirtschaftskreisen. So nimmt in der «Revue de France» (15. Juni 1927) einer der publizistischen Führer der französischen Landwirtschaft, Jean de Nadaillac, gegen den neuesten Zolltarif der Regierung Poincaré Stellung, aber beileibe nicht deswegen, um zu verlangen, daß Frankreichs Landwirtschaft gleich schwer mit Schutzzöllen bedacht werde wie Frankreichs Industrie und Gewerbe. Er schließt seine Arbeit mit folgenden Ausführungen:

„Ich glaube, gezeigt zu haben, daß der ungehinderte Export gleichbedeutend ist mit der Verbilligung der Lebenskosten und mit der Verbesserung der Handelsbilanz: Das ist der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt. Vom bäuerlichen Gesichtspunkt aus ist dies die beste Produktionsprämie und die Produktion zu billigem Preis. — Es ist nur zu klar, daß, wenn wir etwas exportieren, wir dieses Etwas nur exportieren können, weil wir es billiger herstellen als das Ausland. Wenn nun diese Strömung sich durchsetzt, wird jeder Schutzzoll überflüssig. Wenn man die chinesische Mauer aufrechterhält, wenn man den französischen Landwirt hindert, über die Grenzen zu gehen und zu sehen, was im Ausland geschieht, nützt ihm der prix de revient nichts. Man erhöht den Einfuhrzoll und dann vorwärts Teuerung! — Das ist die Stellungnahme der französischen Landwirtschaft gegenüber einem Zollentwurf, den sie für eine wirtschaftliche Absurdität und eine landwirtschaftliche Kalamität hält." Auch zu manchen Einzelfragen weicht der erwähnte französische Landwirt gar sehr von unsern schweizerischen Bauernpolitikern ab. So schreibt er z. B. über die Gefrierfleischeinfuhr: „Warum sollten wir den Schweizern das erstklassige Schlachtvieh, das sie bei uns suchen, nicht geben? Verkauft es ihnen und laßt in Frankreich Gefrierfleisch einführen, das durchaus ebenso nahrhaft, aber viel billiger ist."

Als ein anderes höchst erfreuliches Symptom für die im Ausland da und dort sich anbahnende bessere Einsicht in landwirtschaftlichen Kreisen mag eine kleine Schrift gelten, die mir vor kurzem zu Handen gekommen ist. Ihr Titel lautet: „Die Viehzüchter des Böhmerwaldes. Eine Anklage gegen die agrarische Zollpolitik." (Verlag Franz Kuplent, B.-Budweis, Lannova 4, Tschechoslowakei.) Als Verfasser dieser kleinen Druckschrift unterzeichnen vier Landwirte mit ihrem vollen Namen. Einer von ihnen ist Landwirt und Gemeindepräsident einer Landgemeinde des Böhmerwaldes. Ihre Gedankengänge mögen einige knappe Zitate aus der erwähnten Schrift belegen:

„Bisher sind nur die Großagrarier als Wortführer der Landwirtschaft aufgetreten. Die ganze agrarische Politik ist auf der Lüge aufgebaut, daß Hörndlbauern (Viehbauern) und Körndlbauern (Ackerbauern) zusammengehören, daß

die wohlhabenden Getreide- und Zuckerproduzenten des Flachlandes und die ausgeschundenen Häusler der Grenzgebirge die gleichen wirtschaftlichen und politischen Interessen haben. Wenn aber einmal die Kleinbauern und die Viehzüchter über ihre Lage nachzudenken beginnen, bricht das Lügengebäude der agrarischen Interessengemeinschaft wie ein Kartenhaus zusammen. Das sollte die nützliche Lehre sein für jeden Leser und für jede Leserin dieser Schrift: Selbständiges Denken, selbständiges Handeln allein kann die schwergeplagte Arbeitsbevölkerung unserer Grenzgebiete vor der Katastrophe retten, in die sie sonst die großagrarische Zollpolitik rettungslos hineintreibt."

„Es ist deshalb höchste Zeit, daß auch wir Böhmerwälder uns vollständig von der agrarischen Politik loslösen, durch eigene Organisationen gemeinsam mit der Industrie- und Forstarbeiterschaft und mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei versuchen, dahin zu wirken, daß auch wir in dem entferntesten Randgebiet gehört werden und Abhilfe gegen das traurige Los geschaffen wird."

„Die im Vorjahre eingeführten Agrarzölle bedeuten für uns eine neuerliche Belastung."

„Die Einführung von Agrarzöllen hat für uns eine neuerliche Verschlechterung der Lebenslage mit sich gebracht. Wir sind eben keine Agrarier, sondern vorwiegend Konsumenten, und es bedeutet unser Besitz zumeist nur die Festhaltung am Orte. Unsere Kinder müssen als Lohnarbeiter Erwerb suchen, und nur eines kann einmal als Lohnarbeiter und Häusler unser trauriges Los als Besitzer weiterführen."

„Für das Vieh, welches wir zu verkaufen haben, muß ein der anderen Teuerung entsprechender Preis bezahlt werden. Dabei muß gesagt werden, daß wir an einseitig hohen Vieh- und Fleischpreisen nicht interessiert sind, weil wir auch Fleisch kaufen müssen und es eine Katastrophe bedeutet, wenn wir durch einen Unglücksfall gezwungen sind, teueres Vieh zu kaufen."

„Als Konsumenten sind wir daran sehr interessiert, daß die Teuerung abgebaut wird, daß wir unserem Einkommen entsprechend preiswerte Lebens- und Bedarfsartikel bekommen."

„Da wir durchwegs verschuldet sind, muß an die Herabsetzung des Zinsfußes gedacht werden, damit wir nicht noch für das Leihkapital einen großen Teil unserer Arbeit leisten müssen.

„Auch wir sind zur Erkenntnis gelangt, daß wir den Kampf um bessere Existenzen nicht im Vereine mit den Großgrundbesitzern führen können, sondern als Häusler und Forstarbeiter mit der Industriearbeiterschaft mehr gemeinsame Interessen haben!"

„Das übereinstimmende Urteil aller Einsender war, daß die Agrarzölle für sie keinen Nutzen, sondern nur Schaden gebracht haben und daß auch der Bauer mit 30 Hektar Boden im Böhmerwald an billigen Lebensmittelpreisen interessiert ist."

„Die großagrarische Politik hat den Böhmerwald furchtbar getroffen."

„Erfreulicherweise tritt in Erscheinung, daß alle Artikelschreiber zur Ueberzeugung gelangt sind, daß alle Kleinlandwirte nicht Hand in Hand mit den Großgrundbesitzern gehen können, sondern ihr Wohl in dem Zusammengehen mit der Lohnarbeiterschaft liegt."

Manche dieser Gedankengänge sind auch in der Schweiz schon von Nichtsozialisten ausgesprochen worden (am schärfsten wohl in der „Prättigau"-Dissertation Dr. Gadients, der allerdings seither den Canossagang angetreten hat). Obgleich keine völlige Gleichheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse in den Gebirgsgegenden der beiden Länder besteht, sind doch

die Uebereinstimmungen hinlänglich groß, um in ländlichen Kreisen beider Länder gleiche Auffassungen hervorzurufen.

Weitere Schlußfolgerungen ziehe ich aus den oben wiedergegebenen Auslassungen nicht. Ich gebe mich vor allem nicht der Illusion hin, daß morgen schon unsere Kleinbauern sich von einer verfehlten, vorwiegend von großbäuerlichen Interessen diktierten Zollpolitik lossagen werden. Es genügt mir, auf alle diese Symptome hingewiesen zu haben. Sie können uns nur darin bestärken, unsere bisherige sozialdemokratische Politik in der Zollfrage unentwegt weiterzuführen. Daß wir uns dabei nicht der Illusion hingeben, es könnte etwa ein einzelnes Land für sich allein alle Zölle abbauen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Allein da die Sozialisten aller Länder auf den Abbau der Zollmauern hinwirken — das zeigt seit langem die Tätigkeit aller sozialistischen Parlamentsfraktionen und zeigt neuerdings die im Oktober dieses Jahres in Paris abgehaltene Zollkonferenz der Sozialisten einiger westeuropäischer Länder —, muß die konzentrische Aktion der Sozialistischen Internationale mit Gewißheit schließlich zum Erfolge führen.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich seit der Parteispaltung.

Von Ernst Walter.

I.

Noch sind den Zürcher Parteimitgliedern die denkwürdigen Monate des Winters 1920/21, in denen sich die unselige Spaltung der Sozialdemokratischen Partei vollzogen hat, in lebhafter Erinnerung. Damals schien es, als ob die überwiegende Mehrzahl der Parteimitglieder mit Sack und Pack in das Moskowiterlager einschwenken würde. So ohne Grund waren die hochgestimmten Erwartungen der Alt- und Neukommunisten nicht, und schon glaubten sie, die Mehrheit des sozialdemokratischen Parteivolkes und das zentrale Preßorgan der kantonalen Partei, das „Volksrecht", in ihrer Tasche zu haben. Manchmal hatte es wirklich den Anschein, als ob ihnen der Streich gelingen würde. Dennoch wurde der Sturm tapfer abgeschlagen, die Partei und ihre Presse für die Sozialdemokratie gerettet. In wenigen Wochen war ein vollständiger Szenenwechsel eingetreten. Am außerordentlichen Parteitag vom 14. November 1920 wurde dem Beitritt zur III. Internationale auf Grund der berüchtigten 21 Bedingungen mit fast Zweidrittelmehrheit zugestimmt, nämlich 178 dafür und 97 dagegen. Aber die vom schweizerischen Parteitag angeordnete Urabstimmung vom 9. bis 22. Januar 1921 ergab dann, daß sich im Kanton Zürich von 91 Sektionen mit 12,640 Mitgliedern 88 Sektionen mit 12,595 Mitgliedern daran beteiligt hatten. Es stimmten für den schweizerischen Parteitagsbeschluß vom 10. Dezember 1920 5766, dagegen 2618 Mitglieder. Damit hatte